

22. Mai 2024

Postulat

von Samuel Balsiger (SVP)
und Johann Widmer (SVP)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie verhindert werden kann, dass die Zürcher Kunstgesellschaft (Kunsthhaus) für die Deckung ihrer 4,5 Millionen Franken Schulden weitere städtische Subventionen erhält.

Die Stadt Zürich, die pro Jahr 12,87 Millionen Steuerfranken Subvention spricht, soll ihr Gewicht nutzen, damit in der Zürcher Kunstgesellschaft zukünftig unternehmerische Grundsätze gelten: Wenn der Geschäftsbetrieb nicht erfolgreich läuft, muss die Führung Verantwortung übernehmen und sich die Löhne kürzen, bis die Unterdeckung ausgeglichen ist.

Die Geschäftsleitung mit ihrem Präsidenten Philipp Hildebrand, der auch Vice-Chairman einer der grössten Vermögensverwalter der Welt ist, bekommt jedes Jahr eine Million Steuerfranken und das Gehalt von Kunsthaus-Direktorin Ann Demeester beläuft sich auf über 300'000 Steuerfranken pro Jahr.

Begründung:

Die Jahresrechnung 2023 der Zürcher Kunstgesellschaft schliesst mit einem erheblichen Verlust von fast 1,6 Millionen Franken (Vorjahr 1,4 Millionen Franken) ab. Die Einnahmen aus den Eintritten sanken von 5,2 auf 4,6 Millionen Franken. Offensichtlich konnte die Geschäftsleitung und die Kunsthaus-Direktorin das Kunsthaus nicht erfolgreich positionieren.

Den Rückgang bei den Eintritten kann die Geschäftsleitung und die Kunsthaus-Direktorin mit ihren hohen Gehältern problemlos ausgleichen. Dennoch verlangt Philipp Hildebrand als Präsident der Zürcher Kunstgesellschaft noch höhere städtische Subventionen. Unternehmerische Verantwortung schliesst er somit aus.

Es ist nicht nachvollziehbar, warum die Steuerzahler den Misserfolg der Geschäftsleitung und der Kunsthaus-Direktorin berappen sollen.


